

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der morgigen Ausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292-293. Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vormärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 66, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Herriots Senatsieg.

Die Linke kritisiert ihn.

Paris, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Herriot hat in seiner Rede im Senat am Freitag der innerpolitischen Situation vielleicht im stärkeren Maße Rechnung getragen, als der von ihm eingeleiteten Außenpolitik zuträglich ist. Schon die Tatsache, daß der Senat, wo noch zu Beginn der Woche die Opposition mit allen Mitteln auf seinen Sturz hinarbeitete, ihm am Freitagabend fast einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen hat, sollte für Herriot ein Warnungszeichen sein, daß er auf dem besten Wege ist, der parlamentarischen Taktik die Prinzipien zu opfern und sich so unrettbar in die Reue seiner Gegner zu verstricken. Es kann dafür kaum einen schlagenderen Beweis geben, als daß in den Kommentaren der Pariser Blätter vom Sonnabendmorgen die Rollen völlig vertauscht erscheinen: Zustimmung in den Organen der Minderheit, mehr oder weniger ausgesprochene Kritik oder Enttäuschung in denen der Linken, wo man von Herriot eine entschiedener Betonung der in seinem eigenen Regierungsprogramm niedergelegten Ziele und Richtlinien und etwas weniger Konzessionen an die Opposition erwartet hatte. Am deutlichsten gibt diesem Empfinden die „Ere Nouvelle“ Ausdruck, wenn sie schreibt, Herriot habe die Wahl zwischen zwei Methoden gehabt, dem offenen Bruch mit der Politik des 11. Januar 1923 oder aber dem Versuch, eine Art Synthese zu konstruieren zwischen der Politik Poincarés und seiner eigenen. Er habe sich für letzteres entschieden und zweifellos habe ihm der ziffernmäßige Erfolg bei der Abstimmung recht gegeben. Allerdings gäbe es Leute, die der Auffassung seien, es wäre besser gewesen, wenn Herriot weniger Stimmen und mehr Mut geholt hätte. Er hätte es sehr leicht gehabt, Poincaré mit seinen eigenen Argumenten zu schlagen, er habe darauf verzichtet, offenbar aus taktischen Gründen. Der „Quotidien“ begnügt sich mit der Feststellung des fast einmütig erteilten Vertrauensvotums des Senats, was in Anbetracht der Mandoer der Opposition ein großer parlamentarischer Erfolg sei. Dagegen wendet sich das Blatt mit aller Entschiedenheit gegen die These Poincarés, daß die Politik der neuen Mehrheit zwangsläufig die logische Fortsetzung der früheren sein müsse. Gewiß seien der Politik Herriots durch die früheren Verhandlungen und die Fehler und Verläufer seiner Vorgänger enge Grenzen gezogen, die die Erbschaft, die er übernommen habe, sei schlimmer als schlimm, da seine Vorgänger alle Trümmer ausgepflückt und ihm nur die schlechten Karten gelassen hätten. Aber zwischen seiner Politik und der Poincarés bestehe ein abgrundtiefer Gegensatz. Poincaré habe Frankreich isoliert, Herriot dagegen betrachte es als seine Hauptaufgabe, die Einigung zwischen den Alliierten und die völlige Befriedigung Europas herbeizuführen.

Der Schluß der Rede Herriots.

Paris, 12. Juli. (M.) Herriot hat im Verlaufe seiner Senatsrede noch folgendes gesagt: Betreffend das linke Rheinland bestätige ich die Erklärungen der vorhergehenden Regierungen. In der Frage der Abrüstung ist die Anwesenheit des Generals Klotz in meinem Kabinett bezeichnend. Bezüglich der Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz erinnere ich an die von MacDonald gefassten gemachten Feststellungen, daß es sich hier nur um eine Einzelfrage handelt. Ich möchte betonen, daß Deutschland keine Vorzugsstellung eingeräumt werden darf. Die Entscheidung, ob Deutschland den Sachverständigenbericht unterzeichnen will oder nicht, hängt indessen nicht von mir ab. Die beste Lösung des Reparationsproblems wird für uns die am wenigsten schlechte sein. Es bieten sich zwei Methoden: die eine besteht darin, es wie allein zu sein, wie das erste Kaiserreich es nach den Schlägen bei Yona und Austerlitz war. Wenn wir diese Methode einschlagen, so bedeutet das eine erneute scharfe Einstellung gegenüber Deutschland. Oder wir ziehen auf eine Verständigung zwischen Frankreich und England hin, eine

Verständigung, durch die Deutschland gezwungen wird, sein Heil in einer friedlichen Evolution zu suchen.

Wenn England und Frankreich sich voneinander trennen, so gewinnen in Deutschland die Anhänger der Gewalttätigkeit und der Revolution die Oberhand. Das bedeutet den Krieg. Die Annäherung zwischen Frankreich und England darf in keiner Weise die logischen Rechte Frankreichs beeinträchtigen. Mein Gewissen sagt mir, daß ich nichts vernachlässigt habe, um dieses Ergebnis zu erzielen. Ich erwarte daher in größter innerer Befriedigung das Urteil der Versammlung. (Lebhafte Beifälle.)

Nach Herriot sätze Senator Japy die alten Behauptungen auf, wonach Deutschland keine Steuern zahle, keine Schulden habe und viel Reichtum besitze. Der Präsident des Senats verlas darauf die schon gemeldete Tagesordnung. Marsal bemerkt, daß jeder Kommentar zu dieser Tagesordnung überflüssig sei. Wenn das drückende Reparationsproblem endlich gelöst werden könne, so sei das nur durch eine dauerhafte Verständigung zwischen Frankreich und seinen Verbündeten möglich, denn ihre Meinungsverschiedenheiten würden nur ein Wiedervertreten des deutschen Widerstandes zur Folge haben. Dann wird abgestimmt mit dem bereits gemeldeten Resultat.

Eine Rede Vanderveldes.

Brüssel, 11. Juli. (M.) Kammer. Im Verlauf der Beratung des Budgets des Ministeriums des Inneren erklärte der Führer der Sozialisten, Vandervelde: Ich bin der Meinung, daß Hyman und Theunis zu Recht gesagt haben, daß sie in London ganz Belgien vertreten werden. Unsere Wünsche begleiten sie. Der Sachverständigenbericht ist ein bedeutungsvolles Werk, und ich beglückwünsche die belgische Regierung dazu, daß sie als erste seine Schutzfolgerungen angenommen hat. In der Verteidigung des Gesichtspunktes sozialer Gerechtigkeit beim Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete muß Belgien an der Seite Frankreichs stehen. Wir fordern eine Verständigung über die Gewährleistung der Sicherheit der Truppen im Rheinland. Zur Feststellung von Verletzungen Deutschlands muß ein

Organ geschaffen werden. England muß aufgefordert werden, im Falle schwerer Verletzungen Deutschlands Schulter an Schulter mit Frankreich und Belgien zu stehen. Das Ruhrgebiet kann nicht geräumt werden, bevor nicht der Dawesplan in Kraft gesetzt ist. Ueber die Bedingungen der Räumung des Ruhrgebietes muß eine Verständigung erzielt werden. Die Frage der Sicherheit berührt nicht nur Belgien und Frankreich, sondern alle Nationen. Alle Nationen müssen sich zu vereinigen Staaten zusammenschließen. Die Vereinbarungen müssen freiwillig angenommen und dürfen nicht aufgezwungen werden. Da sich jetzt eine Möglichkeit bietet, den Frieden Europas wiederherzustellen, gilt es sie zu ergreifen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der Minister des Inneren dankte darauf Vandervelde dafür, daß er seiner Politik zustimme und sagte, Theunis und er würden daraus um so mehr Kraft zur Wahrung der belgischen Interessen schöpfen.

Ein Geheim schreiben Stresemanns?

Oder eine Intrige gegen ihn?

Wie sich M. aus Paris telegraphieren läßt, behauptet der „Motin“, daß die letzte deutsche Note über die Abrüstung von einem geheimen Dokument begleitet war, in dem Stresemann um Entschuldigungen wegen der Tonart der offiziellen Note gebeten habe. Der deutsche Außenminister habe hinzugefügt, die Reichsregierung wäre bereit, mit den Verbündeten in dieser Frage der Militärkontrolle zusammenzuarbeiten, doch könnte sie nicht umhin, hinsichtlich des Textes der offiziellen Note auf die Opposition der Nationalisten Rücksicht zu nehmen.

Wäre das richtig, so hätte Stresemann Schnod den Schreiner kopiert, der sein Böwengebrüll fürchterlich ertönen läßt, zugleich aber die hohen Herrschaften bittet, darüber nicht zu sprechen. Indes wäre das eine Ungeheuerlichkeit, die Stresemann doch kaum zuzutrauen ist. Bemerkenswert bleibt der Eifer, mit dem M. die doch recht unwahrscheinliche und inzwischen auch dementierte Nachricht ohne Kommentar wiedergibt.

Die französische Amnestie.

Zehntausend Eisenbahner werden wieder eingestellt.

Paris, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Freitagvormittag die Einzelberatung des Amnestiegesetzes begonnen. Infolge der Obstruktion der Rechten, die fortwährend neue Zwischenfälle heraufzubeschwören sucht, schiebt die Erledigung der einzelnen Artikel nur langsam vorwärts. Besonders scharf ist der Widerstand der Minderheit gegen die Bestimmungen über die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner sowie gegen die Ausdehnung der Amnestie auf die früheren Minister Caillaux und Malvy und auf gewisse Kategorien militärischer Vergehen. In der Aussprache über einen kommunistisch-utopistischen Erweiterungsantrag kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem sozialistischen Abg. Uhrn und den Nationalisten. Auf Grund eines sozialistischen Antrages hat der Justizminister zugefagt, die Revision der Prozesse der während des Krieges auf Grund von Kriegsverurteilungen Erschossenen in die Wege zu leiten.

Die Regierung hat bereits in Erwartung der Annahme des Amnestiegesetzes bei den großen Eisenbahngesellschaften die nötigen Schritte eingeleitet wegen der Wiedereinstellung der Beamten, die 1919 wegen der Beteiligung an dem großen Streik entlassen worden sind. Die Gesellschaften haben sich zur Wiedereinstellung um so mehr bereitgefunden, als seit jener Massenentlassung fast alle Reue unter starkem Personalmangel leiden. Bei der GBL (Gewerkschaftsbund), die mit der Vorbereitung der für die Wiedereinstellung erforderlichen Maßnahmen betraut ist, liegen bereits mehrere tausend Gesuche um Wiedereinstellung vor. Man glaubt, daß es möglich sein wird, alle in Frage kommenden Beamten innerhalb weniger Monate unterzubringen.

Weitere Bärm- und Prügelstrafen.

Paris, 12. Juli. (M.) Im Verlaufe der gestrigen Kammerberatung, in der mit der Beratung der einzelnen Paragraphen des Amnestiegesetzes fortgefahren wurde, kam es wieder zu wüsten Bärmstrafen, bei denen die Abgeordneten der Rechten und der äußersten Linken zu Tüftlichkeiten übergraben. Die Szenen begannen nach einer Auseinandersetzung des sozialistischen Abgeordneten Renaudel gegen den Kommunisten Berton über die Amnestierung der Deserteure und Reuterer. Diese Amnestierung lehnten die Sozialisten entsprechend dem Antrag der Kommunisten ab. Als von der rechten Seite der Name Martz genannt wurde, gingen die Kommunisten zu einem Angriff über, der den Kammerpräsidenten zur Unterbrechung der Sitzung und zur Räumung der Tribüne zwang. Nach Wiederbeginn der Sitzung kam es zwar nicht wieder zu Tüftlichkeiten, aber doch zu gewaltigen Skandaliszenen. Gegen den rechtsstehenden Abgeordneten Le Mire, der den Skandal hervorgerufen hatte, wurde der Ausschluß verhängt. Schließlich wurde der Antrag der Kommunisten auf restlose Amnestierung aller während des Krieges Verurteilten abgelehnt und der Standpunkt des Ausschusses angenommen.

Paris, 11. Juli. (M.) Hovas meldet aus Düsseldorf, daß die Revision des französischen Kriegsverurteilungsurteils in dem Rainier-Kommunistenprozeß aufhob.

Keine englische Warnung. Im englischen Parlament wurde gestern, wie wir berichteten, erzählt, Lord D'Albarn sei beauftragt worden, die deutsche Regierung vor einer Stimmungsmaße gegen die Pariser Beschlüsse zu warnen. Dazu wird nun mitgeteilt, daß in Berlin von einer solchen Warnung nichts bekannt sei.

Ein Dokument der Unfähigkeit.

Es wird versichert, daß der Reichsernährungsminister sich der Illusion hingeeben habe, daß seine neue Zollgesetzvorlage keinen Widerstand bei den Gewerkschaften finden würde. Er soll daran gedacht haben, bei den Gewerkschaften, wenn nicht die Zustimmung, so doch die stillschweigende Duldung seiner Hochschutzzollpläne zu finden. Diese Annahme und die Tatsache, daß er nicht daran gedacht hat, sich zu vergewissern, ob sie begründet war oder nicht, kennzeichnet den Geist, in dem die neue Hochschutzzollvorlage von der Regierung vorbereitet worden ist. Wir nehmen an, daß die agrarischen Interessenten nicht unbefragt geblieben sind, ehe der Gesetzentwurf der Regierung fertiggestellt wurde. Die Organisationen der Arbeitererschaft und der Verbraucher, die die Leidtragenden des neuen Hochschutzzolles sein werden, sind von der Regierung weder informiert noch befragt worden. Das Reichsernährungsministerium ist sich demnach von vornherein darüber klar gewesen, daß es den breiten Massen den neuen Hochschutzzoll oktroyieren wollte.

Der absolute Mangel an Verständnis für die Interessen und das Fühlen der Arbeitererschaft, der auch in der Stellung der Regierung zum Achtstundentag zum Ausdruck kommt, zeigt sich hier abermals. Zugleich ein erschreckender Mangel an Verständnis für die Voraussetzungen der inneren Politik. Es scheint wirklich, als habe die Regierung es nicht für nötig gehalten, die Frage zu prüfen, welche innerpolitischen Rückwirkungen ihr Gesetzentwurf haben würde. Damit enthält sie eine politische Unfähigkeit und eine politische Oberflächlichkeit, die erschrecken muß, wenn man bedenkt, daß in der Hand dieser Regierung die außenpolitische Führung liegt, die heute entscheidend ist für das politische Geschick Deutschlands.

Zur politischen Oberflächlichkeit tritt die sachliche Unfähigkeit. Bei näherer Prüfung des Gesetzentwurfes der Regierung stellt sich immer mehr heraus, wie ungeheuerlich dieser Gesetzentwurf unter sachlichen Gesichtspunkten ist, auf wie schwachen Füßen seine Begründung steht. Mit Ausnahme weniger agrarischer Interessentenorgane gibt selbst die Rechtspresse zu, daß die Einführung neuer Hochschutzzölle bei der gegenwärtigen Situation der Landwirtschaft kein geeignetes Mittel ist, um die Agrarkrise zu beheben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestreitet mit sehr scharfen und deutlichen Worten die sachliche Berichtigung des Gesetzentwurfes. Sie schreibt:

„Aber war die Lage vielleicht so, daß im Interesse der Landwirtschaft eine sofortige Diskussion über diese Frage einsehen mußte? Durchaus nicht! Denn die Agrarzölle können ja erst effektiv werden, wenn die Zollgrenze im Westen wieder in die deutsche Hand zurückgegeben worden ist.“

Die demokratische Presse hat inzwischen begonnen, durch eingehende sachliche Kritik das Widerspruchsvolle dieses Gesetzentwurfes und seiner Begründung aufzuzeigen. Diese Kritik geht aus der Tatsache, daß der Hochschutzzoll für die Behebung der Agrarkrise unwirksam sein wird, solange die Weltmarktpreise für deutsche landwirtschaftliche Produkte nicht erreicht sind. Nicht mit Unrecht meint das „Berliner Tageblatt“, daß das Reichsernährungsministerium anscheinend einen verstaubten Gesetzentwurf, der seit Jahr und Tag lagert, aus einer Schublade hervorgezogen habe, ohne seine sachlichen Voraussetzungen und seine Uebereinstimmung mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage nachzuprüfen. Das würde in der Tat auch eine Erklärung dafür sein, daß die Begründung dieses Gesetzentwurfes, wie die „Frankfurter Zeitung“ feststellt, von einer wirklich beispiellosen Dürftigkeit und Unsachlichkeit ist.

Eine Wirkung der Zollpläne der Regierung zeigt sich jedoch bereits. Wenn auch die Schutzölle in der heutigen wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft nicht helfen werden, so werden sie doch auf der anderen Seite dem Verbrauch die Last gesteigerter Lebensmittelpreise aufwälzen. Die spekulative Voraussetzung der Preissteigerung durch den Handel hat bereits begonnen. Angesichts dieser Tatsache ist es wohl begrifflich, daß den agrarischen Organen vor der Auswirkung der Schutzollpläne der Regierung angst wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ verbirgt unter wütendem Beschrei gegen die Sozialdemokratie nur schlecht die Befürchtung, daß der agrarische Brotwucher die Krise und namentlich die Frauen stuhig machen wird, die bei den letzten Wahlen auf den demagogisch-nationalistischen Schwindel der Deutschnationalen hineingefallen sind. Jetzt zeigt sich, worauf es den Deutschnationalen ankommt, und die Hausfrauen, die mit dem Pfennig rechnen müssen, werden erkennen, daß agrarischer Brotwucher schwerwiegender ist als die nebelhafte Agitationsphrasen der Deutschnationalen.

Schon heute läßt sich erkennen, daß es weder den Regierungsparteien, noch auch den Deutschnationalen sehr wohl ist bei dem Zollüberfall, den die Regierung gegen die breiten Massen des deutschen Volkes ins Werk gesetzt hat. Das böse Gewissen regt sich! Man fürchtet die Rückwirkung auf die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die doch sonst vor einer Brüstung der Arbeitererschaft und vor einer Zuspitzung der sozialen Kämpfe wahrhaftig nicht zurückschreckt, hält diese Brüstung der arbeitenden Massen des Volkes für inopportun. Sie schreibt:

„Erfahrungsgemäß sind die Agrarzölle eines derjenigen Themat, die die öffentliche Meinung eines Landes bis in die tiefsten Tiefen aufwühlen, die einen Kampf herausfordern, in dem mit allen Mitteln gefochten wird. Es entsteht die Frage, ob ein solcher Kampf heute von uns getragen werden kann. Wir stehen nicht an, diese Frage zu verneinen.“

Das hätte die Regierung sich vorher überlegen sollen! Sie mehr aber jetzt der Befehlsgewalt der Regierung sich enthält als ein auf jahrelange Frist berechnetes Geschenk, das sie den Agrariern und damit den Parteien der Rechten darbringen will, um so lauter und um so begründeter wird der Verdacht, daß es sich bei der Vorlage der Regierung im Grunde nur um einen politischen Tauschhandel dreht, mit dessen Hilfe sich die Regierung die parlamentarische Situation bei der Erledigung der Besetze zur Durchführung der Gutachten zu erleichtern gedenkt. Bis her hat die Presse der Rechten das Vorliegen eines solchen Tauschgeschäftes mit Entrüstung bestritten. Heute nun gibt selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu, daß dieser Verdacht nicht unbegründet sei.

„Die Aufhebung der Ausfuhrsperrung ist die allerdringendste volkswirtschaftliche Aufgabe, die es gibt. Solange hier nicht Ernst gemacht wird, könnte man tatsächlich zu der recht unerquicklichen Vermutung kommen, daß einige Postfachminister der Linken nicht so ganz unecht haben, daß von irgendeiner Stelle mit den agrarpolitischen Maßnahmen ein uneheliches Kompensationsgeschäft beabsichtigt sei.“

Der sachliche Inhalt und die politische Vorbereitung des neuen Schutzollgesetzes, sowie seine Benutzung als Handelsobjekt einer Verständigung mit den Deutschnationalen zeigt, daß die Regierung die Arbeiterschaft und die Linksparteien in ihrer Politik als eine zu vernachlässigende Größe betrachtet hat. Das Echo, das der Zollüberfall inzwischen gefunden hat, dürfte ihr wohl gezeigt haben, auf welche schiefe Ebene sie sich mit ihrer Politik begeben hat. Die arbeitenden Massen des Volkes werden sich nicht ohne schärfsten politischen Kampf neue Hochschutzzölle und damit eine neue Verschlechterung ihrer Lebenshaltung aufzwingen lassen. In der Tat wird der Kampf gegen den neuen Hochschutzzoll das Volk bis in die tiefsten Tiefen aufwühlen. Und das drohende Geschrei der Agrarierpresse wird die Sozialdemokratie nicht davon abhalten, in diesem Kampf ihre Pflicht zu tun.

Weitere Preissteigerung für Brotgetreide.

Berliner Produktenbericht vom 12. Juni.

Der heutige Börsenbesuch war sehr mäßig. Aber die feste Lage des Geschäftes hat sich durchweg behauptet, besonders kommt dies für Weizen zum Ausdruck, der jetzt allseitig gesucht, obgleich er für Inland nur spärlich zu kaufen ist. Ebenso wurden auch für Roggen wieder höhere Preise gefordert und bewilligt. Für prompte Ware geht man in Mitteldeutschland, teilweise auch im Westen, mit der Steigerung nicht entsprechend mit. Für Lieferung aus neuer Ernte werden aber von diesen Distrikten höhere Gebote gemacht. Von Gerste bleibt neue Wintergerste begehrt, die Forderungen lauten aber meist zu hoch. Hafer vom Inland nur spärlich und teuer offeriert. Das Wehlgeschäft war auf der ganzen Linie gehoben, bei anziehenden Preisen. Futtermittel füll und für spätere Lieferung gefragt.

Der neue württembergische Gesandte in Berlin. Die Ernennung des Präsidenten Dr. Bosler, bisheriger Vorstand des Landesfinanzamtes Stuttgart, zum württembergischen Gesandten in Berlin wird amtlich bekanntgegeben.

Ein Einfluchtswort. Der kommunistische Stadtparlanterordneter Pfordt ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschieden und hat sein Stadtparlanterordnetermandat mit der Begründung niedergelagt, daß er die von den Kommunisten in der letzten Zeit im Stadtparlament verübten Szenen nicht mehr mitmachen wolle.

Zwei schwere Verluste hat unsere deutschösterreichische Bruderpartei erlitten: In Graz starb Anton Krittisch, der Gründer der Kinderfreundebewegung; viele Tausende gaben ihm erschütterter das letzte Geleit. Und in dem Rechtsanwalt Dr. Gustav Harpner hat die Partei einen ihrer besten Juristen, ihren Verteidiger in unzähligen politischen Prozessen, verloren.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist aus New York in Southampton eingetroffen. „Times“ zufolge erklärt er, daß sein Besuch rein privaten Charakters sei.

Cremer gegen Strefemann.

Das Gutachten muß angenommen werden.

Unmittelbar nach der zum mindesten sehr merkwürdigen und vieldeutigen Rede Strefemanns in Elberfeld veröffentlicht der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer im „Börsenkurier“ einen Aufsatz, der mit diesem klaren und unzweideutigen Bekenntnis schließt:

Das Gutachten muß angenommen und ausgeführt werden, wenn anders die deutsche Gesamtwirtschaft vor dem Zusammenbruch bewahrt werden soll, unter der einen Bedingung, daß die große, un- allen ohne Unterschied des Berufs zugemutete Last unseren Brüdern an Rhein und Ruhr und in der Pfalz die Befreiung von rechts- wärtiger Bedrückung bringt, und dem Reiche den vollen Zusammen- hang aller seiner Glieder wiedergibt.

Da die eine Bedingung Cremers im Gutachten selbst enthalten ist, hätte sich das ganze noch kürzer sagen lassen: „Das Gutachten muß in allen seinen Teilen von beiden Seiten angenommen und ausgeführt werden.“

Die Stimme Cremers ist merkwürdig in einem Augenblick, in dem — nach der Strefemann-Rede und gewissen Presseäußerungen — der „Lokalanzeiger“ mit einem gewissen Anschein von Recht behaupten kann, alle Kreise außerhalb der Sozial- demokratie ständen jetzt auf dem Standpunkt, die Annahme des Gutachtens sei nunmehr „fast“ zu einer Unmöglichkeit ge- worden.

Arbeiter unter Landfriedensbruchanklage.

Am 18. August 1923, zur Zeit der größten Inflation und Lebens- mittelknappheit, als die Not der Massen aufs höchste gestiegen war, zogen eine große Anzahl Arbeiter aus Schmölla (Thüringen) nach dem benachbarten Rittergut des Gutsbesizers Krug, um Weizen zu lesen. Gegen Krug war in der ganzen Gegend, und zwar in aller Teilen der Bevölkerung, große Mißstimmung entstanden, weil bekannt geworden war, daß er Getreide verderben ließ, Milch auf den Mist geschüttelt hatte und sich niemals an Sammlungen für die Armen beteiligte. Er soll sogar einmal einer Kommission von Arbeitern, die für die Arbeitslosen Lebensmittel sammelte, die Ab- gabe von Milch mit der Erklärung verweigert haben: „Eure Kinder können Urin saufen!“ In jenem Tage begegnete die Schmöllener Arbeiter zufällig dem Rittergutsbesitzer Krug, als er auf einem Erntewagen vorüberfuhr. Er wurde angehalten, vom Wagen gezogen und nach seiner Feldern gefragt. Er gab auch An- wort und zeigte ein Roggenfeld, griff aber dann nach einer auf dem Wagen liegenden Heugabel, wodurch zwei Arbeiter erregt wurden und sich dazu hinsetzen ließen, ihm ein paar Badpfeifen zu geben. Man ließ ihn dann unbehelligt, und die Menge ergoß sich auf das von Krug bezeichnete Feld, auf dem sie aber nicht nur Weizen las, sondern auch einen Teil des noch in Schwaden auf dem Felde liegen- den Korns nahm. Eine Anzahl Arbeiter ging dann auch noch auf das Krugsche Rittergut und forderte dort den Sohn Willi Krug auf, den Speicher zu öffnen, damit man sich davon überzeugen könne, ob dort wirklich verdorbenes Getreide lagere. Willi Krug konnte den Schlüssel nicht finden, und es wurde gerufen, man solle Krug in einen Wasserbottich setzen, und anderes, angefaßt wurde er aber nicht. Einige Arbeiter holten inzwischen aus dem Wobhusden Brote, Milch, Käse u. a. und verteilten es unter die Menge. Willi Krug erhob dagegen keine Einwendungen. Auf Grund dieses Tat- bestandes wurde gegen 22 Arbeiter (darunter sogar 4 Jugend- liche) teils wegen einfachen, teils wegen schweren Landfriedensbruch Anklage erhoben. In der Verhandlung vor dem großen Schöffengericht in Altdorf, welche einen ganzen Tag dauerte, schilderten die Angeklagten ihre damalige furchtbare Not. Ein Angeklagter erzählte weinend, wie er bei lechzländiger wöchentlich Arbeitzeit hungern mußte, wie ihm ein Kind an Unterernährung starb und wie ihn der Anblick des Rittergutsbesizers, der Nahrungsmittel nicht ab- gab, vielmehr verderben ließ, in solche Wut versetzte, daß er ihm einen Schlag gab. Den Höhepunkt erreichte die Verhandlung bei der Vernehmung des Rittergutsbesizers. Auf Befragen des Verteidigers der Angeklagten, des Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin, mußte er zugestehen, daß er schon wegen Verfüllung von Getreide und wegen Milchschüttung bestraft worden war, wegen Zurückhaltung von Getreide sogar mit sechs Wochen Gefängnis, und daß ihm auf Grund zahlreicher Ver- fassungen die Verwaltung seines eigenen Gutes ent- zogen und ein Zwangsverwalter eingesetzt war. Trotzdem also den Arbeitern mildernde Umstände nicht abzuspochen waren, und trotzdem einigen Angeklagten ihre Beteiligung an den

Ausstellungen nicht nachzuweisen war, beantragte der Ober- staatsanwalt Dr. Probst die Verurteilung aller Angeklagten, und zwar gegen die meisten in Höhe von 3—6 Monaten, gegen 3 An- geklagte je 8 Monate und gegen 4 sogar je 1½ Jahr Gefängnis. Ge- nosse Dr. Rosenfeld trat diesem Antrage des Staatsanwalts ent- gegen und beantragte teils Freisprechung, teils Gewährung eines Strafaufschubs. Er verlangte Berücksichtigung der Not, in der sich die Arbeiter zur Zeit der Tat befanden. Hatte doch ein Angeklagter, und sogar ein Jugendlicher, darauf hinweisen können, daß er nicht einmal genug für sich verdienen könnte und außerdem für nicht weniger als 9 Geschwister zu sorgen habe.

Das Gericht sprach denn auch 7 Angeklagte ganz frei und verurteilte die anderen zu Gefängnisstrafen von 3, 6 und 7 Monaten, gewährte auch diesen Strafaufschub, nur ein Angeklagter wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt unter Ablehnung des Strafaufschubs. Hoffentlich wird auch diesem Angeklagten wenigstens nach Verbüßung eines Teils der Strafe Strafaufschub gewährt.

Doch Umsturz in Brasilien?

Paris, 12. Juli. (Ill.) Nach einer Reutermeldung aus New York ist die brasilianische Regierung gestürzt worden. Eine provisorische Regierung wurde von den Revolutionären unter der Präsidentschaft des Generals Rondon eingesetzt.

London, 11. Juli. (WTB.) Wie Reuter meldet, ist die Regie- rung in Sao Paulo gestürzt. Die revolutionäre Junta habe die Oberhand gewonnen und General Rondon eine vorläufige Regierung gebildet.

London, 12. Juli. (EP.) Nach Meldungen aus Buenos Aires sind die Revolutionäre entgegen den offiziellen Meldungen im ganzen Staat Sao Paulo Herrin der Lage. Nur in der Stadt Santos haben sich die Regierungstruppen noch behauptet. Der bisherige Präsident des Staates hat sich nach Santos geflüchtet. Der Kommandant der Aufständischen, General Dias Lopez, hat in Sao Paulo eine provisorische Regierung errichtet. Die ausländi- schen Banken werden von den Truppen bewacht. Die provisorische Regierung hat den Ausländern ihr Leben und ihr Eigentum garan- tiert. Nach weiteren Meldungen ist auch in der benachbarten Pro- vinz St. Cruz ein Aufstand ausgebrochen. Die Aufständischen sollen auch hier bereits Herren der Lage sein.

Die Untersuchung des Matteotti-Mordes.

Gegen die Pressefälschung.

Rom, 11. Juli. (Ca.) Alle Gerüchte, die von einem durch die Behörden veranlaßten geheimen Begräbnis Matteottis wissen wollten, erweisen sich als unbegründet. Der Unter- suchungsrichter hat alle Mißversuche der Angeklagten entkräftet, ebenso ihre Behauptung, sie hätten Matteotti bloß einen Dankschreiben wollen. Auch ihre Versuche, durch Drohung mit Entfaltung die Untersuchung abzulenken, versagten. Es scheint festzustehen, daß Matteotti gleich nach seiner Entführung im Auto mit einem Dol- chstoße zum Schweigen gebracht und, da er trotzdem um sich schlug, gleich getötet worden ist. Dumini brachte am Abend der Filippelli die Beweise des Mordes. Naldi griff erst ein, als Filippelli sich um Fluchthilfe an ihn wandte.

In den politischen Kreisen bildet das neue Pressebela- den einiger Gesprächsstoff. Auch bei der Mehrheit macht lebhafteste Unzufriedenheit geltend. Die Minderheit ist in dem Dekret einen Bruch der verfassungsmäßigen Rechte. Die Regierungsfreunde betonen den Umstand, daß das neue Reglement nicht bloß gegen die Linke, sondern auch gegen die extremistische faschistische Presse gerichtet sei.

„Corriere della Sera“ schreibt: Die Begründung, daß an den neuen Maßnahmen die heftigsten Angriffe der Oppo- sition gegen die Regierung und die faschistische Partei die Schuld trügen, entbehre jeder Grundlage. Diese Regierung und diese Partei verfügt über eine fanatisierte Presse, eine freiwillige Miliz, eine große Mehrheit in Senat und Kammer und angeblich die Mehrheit des Volkes. Die Opposition habe nur die Presse. Am Ver- gleich zum neuen Pressegesetz sei selbst die Zensur nur eine leichte Hemmung gewesen. Man könne der öffentlichen Meinung den Ver- dacht nicht nehmen, daß diese neue Maßnahme bloß die Unter- suchung über das Milieu, in dem der Mord an Matteotti ge- schah, verhindern solle.

Parzival.

Von Lina Freuder.

Peter gähnt. Es ist sehr heiß. Die Fensterläden lassen nur wenig Licht ins Zimmer.

Deutlich hört Peter die Fliegen summten und die Uhr ticken, summ—summ, tick—tick.

Er ist allein. Wer irgend kann, macht ein Mittagsschläfchen. Niemand gibt sich die Mühe, mit ihm zu spielen. Hampelmann und Pferdchen liegen auch schläfrig in der Ecke.

Es ist so heiß, Peter schüttelt seine blonden Locken, dann streift er sein Hemdchen und sein Hemdchen ab — mehr hat er nicht an — und atmet befreit auf.

Er nimmt seine Blechtrompete, hält im Zimmer Umschau — summ—summ, machen die Fliegen, tick—tick, macht die Uhr. Es ist sehr langweilig.

Reife stößt Peter die Tür auf, schleicht sich auf Zehenspitzen in den Vorraum — keine Seele, Sacht klinkt er die Korridoritur auf — und nun stürmt er die Treppe hinunter.

Nicht weit vom Hause entfernt ist ein schöner Park. Die Bäume sind schattig, und man kann trompeten, ohne jemanden zu stören.

Halt! Da dreht sich doch jemand nach ihm um. Eine Dame, die mit einem jungen Mädchen vorübergeht. Sie stößt einen kleinen Schrei aus, als sie Peter in seinem paradiesischen Kostüm erblickt, sacht ihre Tochter rasch bei der Hand, und beide rennen entsezt davon.

Peter trompetet herzhaft. Grade kommen zwei halbwüchsige Buben des Weges. Die sehen ihn erst verdutzt an, dann wollen sie sich tollachen und zeigen mit Fingern auf ihn.

Peter schreit heiter fürdas. Tut—tut! geht die Trompete. Blühlich fliegt ein kleiner Ball an ihm vorbei. Ein kleines Mädchen läuft hinterher, um ihn zu fassen. Sie sieht Peter, blickt vor ihm stehen, betrachtet ihn mit großen Augen, dann nickt sie freundlich. „Wer bist du?“ fragt sie. „Du siehst aus, wie einer von den Engeln auf dem großen Bilde in Vatis Stube. Bati sagt, die Engel sind sehr schön.“ — Hast du meinen Ball gefaßt?“

Er hilft ihr suchen, und bald haben sie ihn. Dann sagt das kleine Mädchen „Danke!“, hebt sich auf die Zehenspitzen, denn sie ist noch ein bißchen kleiner als Peter, und gibt ihm einen Kuß.

In diesem Augenblick steht, wie aus dem Boden gewachsen, ein großer grüner Mann vor den beiden.

Erstrocken läßt die Kleine mit ihrem Ball fort.

Der Grüne aber sieht mißbilligend auf Peter, zieht sein Notiz- buch heraus und fragt ihn, wie er heiße, wie alt er sei, wo er wohne (ob Bader- oder Gartenhaus), was sein Vater sei, und was er sonst so wissen muß.

Peter bleibt wie gebannt stehen, die kleine Trompete hängt herunter. Seine Rundwinkel verzieren sich kläglich, er weiß plötz- lich, daß er nichts anhat.

Der Grüne nimmt ihn fest an der Hand und führt ihn nach Hause.

Friz-Reuter-Allerlei.

„Alle Kamellen“. Für den Titel „Alle Kamellen“ hat Reuter selbst folgende Erklärung gegeben: „Alle Geschichten, die nicht mehr recht schmecken wollen, weil ihnen das Aroma der Keuzzeit fehlt.“ Der Witz des Ausdrucks liegt darin, daß alle Kamellen, d. i. platt- deutsch „alle Kamellen“, auch keine Wirkung mehr ausüben bzw. ihren Beschauma verloren haben. Hierin hat Reuter sich aber ge- waltig geirrt. Seine „Allen Kamellen“ sind es gerade, denen das Publikum den meisten Beschma adgewonnen hat. Zu ihnen ge- hören die kleine Erzählung „Woans (wie) ich tu'ne Fru kamm“, „Ut de Franzosentid“, „Ut mine Festungsid“ und „Ut mine Stromtid“, also alle jene Erzählungen in Prosa, die den Welttruhm des Dichters begründet haben. Der Gesamtittel „Alle Kamellen“ ist daher mit Recht ziemlich in Vergessenheit geraten. Wir haben ihn hier nur nochmals erklärt und an ihn erinnert, weil er in folgendem poeti- schen Nachruf, der bald nach Reuters Tode veröffentlicht wurde, vorkommt:

Dedi büst du, über storb'n büst du nicht!
Lewt doch von die jedwerre Fedderstrich!
Wartst du od fürre uns nig mer vertellen,
Für immer bläuh'n doch die „All'n Kamellen“!

Wie Friz Reuter beinahe einen Schilling verdient hätte. Aus der „Franzoesentid“ kennen wir Reuters Pöten, den Amtshauptmann Weber in Etzenhagen. Dieser war ein Mann, der alle Umfchweife haßte und daher auch den Kindern möglichst frühzeitig schon beizu- bringen suchte, ohne Umfchweife frisch von der Leber weg zu sprechen. Deshalb ärgerte er sich, wenn sie bei Erzählungen häufiger stockten und sich mit Häufpern oder eingeschobenen „un dunn“ (= „und dann“) weiterzuhelfen versuchten. Deshalb setzte er einmal einen Schilling als Preis für denjenigen aus, der eine Geschichte ohne solche „un dunn“ vortragen könne. Reuters Friz meldete sich, erzählte auch ohne Entzopf und ohne diese Zwischenworte bis zu Ende, um dann aber triumphierend zu schließen: „Un dunn krieg ich en Schilling!“ Amtshauptmann Weber aber steckte seinen Schilling wieder ein mit den Worten: „Un dunn, min Herzens- findung, was de Schilling weg!“

Friz Reuter und seine Verehrer. Reuter war ein Feind jeder Lohhudelei. Und doch hätte er Grund gehabt, stolz zu werden bei all den Ehrungen, mit denen er schon bei Lebzeiten überhäuft wurde.

Schiffe wurden auf seinen Namen gekauft, ein Reutertessen im Thüringer Wald unweit des Goethe-Felsens ihm gewidmet, Gedent- tafeln angebracht usw. Ludwig II. von Bayern verlieh ihm sogar den persönlichen Adel: Friz von Reuter! Wo er den ihm zuge- dachten Ovationen aber entgegen konnte, tat er es, so in Berlin, wo er während eines kurzen Aufenthalts von Verehrern und Be- ehrerinnen so belagert wurde, daß er „vor Lohhudelei kaum atmen konnte“. Dieser seinem bescheidenen Sinn höchst unangenehmen Lage entzog er sich durch schleunige Flucht. Noch drastischer rettete er sich vor zwei alten Jungfern in Bismarck, die auf ihn zuströmten und begeistert riefen: „Herr Doktor, Sie stehen uns noch über Schüler und Goethe!“ „So? Na denn adjus, Madams!“ jagte Reuter und wandte ihnen seine Keuzreise zu. Als er Ehren doktor geworden war, schrieb er an einen Freund: „Denke Dir, alter Junge, die jährliche Fakultät in deutschen Landen, die Rostoder philosophische, hat mich, Deinas dänischen Charles douze, zum Doctor honoris causa gemacht! Es war doch gut, daß das Todesurteil des Berliner Kammergerichts über den „Hochverräter“ und „Königsmörder“ Reuter nicht vollstreckt worden war!“

Das abgetülte Theater. Während in Wien die meisten Theater, auch das Burgtheater und die Staatsoper, Ferien haben, spielt Max Reinhardt im Theater in der Josefstadt unentwegt den ganzen Sommer hindurch. Um das Theater auch in den Hundstagen theaterfähig zu machen, läßt er, wie Wiener Blätter berichten, seinem Theaterpublikum Kühlung zufächeln. Der Zuschauerraum erhält durch eine unterirdische Zentralventilatoranlage pro Stunde 24 000 Kubikmeter Frischluft, das sind pro Kopf und Stunde 36 Kubikmeter Frischluft. Die Wiener Luft, die zwischen 27 und mehr Grad Wärme hat, wird durch sinnreiche Vorrichtungen aufge- saugt, durch Filter getrieben, welche Staub, Unreinlichkeiten und Schädlichkeiten jeder Art aufnehmen. Dann im Kühlraum um 10 Grad abgekühlt und vom Parkett bis zur Galerie verteilt. Die Zentralventilatoranlage kann übrigens im Winter gleichzeitig dazu benutzt werden, um behagliche Wärme zu verbreiten. Der Maschinen- der die Anlage bedient, wird durch einen am Kontrolltisch stehenden Mann unterstützt, der von hier aus mit Hilfe eines Fernthermo- meters den Wärmegrad jeder Abteilung des Theaters nachprüfen kann. Sowie sich irgendwo die Temperatur über 18 Grad erhebt, wird sofort die vorgeschriebene Abkühlung herbeigeführt.

Die Galerie Dr. Goldschmidt — Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 36 a zeigt eine Reihe Gemälde des holländischen Meisters des 17. Jahrhunderts, darunter Werke von Teniers, Wouwerman, und Calamebedel.

Wahler Silberfund in Schweden. In Schweden hat man auf dem Kirchhof Agelofa bei einer Ausgrabung einen großen Silberfund gemacht, den größten, auf den man je in Schweden gestoßen ist. Von dem 2042 außerordentlich wohlbehaltene Silbermünzen, meist angelsächsische, die unter dem König Redbad II, 978—1016 nach Christi gebrägt worden sind. Zusammen wiegen diese Münzen 3½ kg. Sie sind dem Museum in Lund übergeben worden.

Norwegische Sorgen.

(Von unserem norwegischen Korrespondenten.)

Die norwegische Politik hat gegenwärtig aufgeregte Tage. In dem Parlament dieses Landes verfechten sich die Gegenläufer über das Alkoholverbot und Getreideeinfuhrmonopol.

Das Alkoholverbot soll nach dem Wunsch der Rechtsregierung aufgehoben werden. Die Drohung des Rücktritts ist bereits ausgesprochen für den Fall, daß das Parlament diesem Vorschlag nicht zustimmt. Der Aufhebungsvorschlag der Regierung führt sich zunächst auf die unbedingt erwiesene Tatsache, daß die Durchführung des Alkoholverbotes in Norwegen mit seinen zum Schmuggel geradezu verlockenden Schären, Gebirgen und Fjorden eine Unmöglichkeit ist. Schließlich aber behauptet die Regierung, daß die Mehrheit der Bevölkerung im Augenblick gegen ein Alkoholverbot sei, und ferner verlangt der Finanzminister ein staatliches Spiritusmonopol, das jährlich 20 Millionen Kronen Einnahme bringen soll. Die Opposition, bestehend aus der bürgerlichen Linken und den drei norwegischen Arbeiterparteien, verlangt dagegen, daß der Alkoholverbotaufhebungsantrag der Regierung zurückgenommen wird und im Jahre 1926 eine erneute Volksabstimmung über die Alkoholfrage, die ja 1919 durch eine Volksabstimmung zu dem Verbot führte, entscheidet.

Die andere, augenblicklich zu scharfen parlamentarischen Kämpfen zugeführte Frage ist die des Kornmonopols. Norwegen führt ungefähr vier Fünftel seines Brotkorns ein. Ein Ring von wenigen inländischen Kornhandelsfirmen diktiert vor dem Krieg dem norwegischen Volk die Korn- und Brotpreise. Als im Jahre 1914 diese Kornhändler in der Brotverfälschung Norwegens völlig vertrieben, errichtete das damalige norwegische Kabinett als Kriegsveranlassung ein staatliches Kornmonopol, das bis heute besteht und nach den Aussagen der Sachverständigen vorzüglich gearbeitet hat. J. B. waren die Kornpreise unter dem Kornmonopol in Norwegen fast immer niedriger als in Dänemark und Schweden. Die Rechtsregierung verlangt trotzdem die Aufhebung des Monopols und die Einführung des freien Kornhandels. Sie hat in dieser Frage aber nicht einmal die sie im allgemeinen unterstützende Bauernpartei hinter sich. Diese Parteigruppe hat in einem eigenen Antrag Ersetzung des Monopols durch einen Konzessionshandel, der mit Schutzzöllen für die norwegische Landwirtschaft verbunden sein soll, gefordert. Die drei Arbeiterparteien verlangen Beibehaltung des staatlichen Monopols.

Man geht nicht fehl, wenn man in der plötzlichen scharfen Form in der die Rechtsregierung dem Storting ihren Willen in diesen beiden Fragen aufzuzwingen sucht, das erste einleitende Wahlmandat sucht: den Versuch, der norwegischen Rechte eine günstige Wahlplattform zu sichern. Die Regierung droht mit Rücktritt, wenn ihr Standpunkt nicht durchdringt, das gleiche Mandat, dessen sich die Rechtsregierung schon kurz vor der letzten Wahl bediente, als sie auch wegen der Alkoholfrage jurisdikt und in der Opposition mit der Parole "Nieder mit dem Alkoholverbot!" in der Tat einen Wahlsieg erlief. Sie hofft, diesen Sieg diesmal zum endgültigen Fall des Alkoholverbotes ausdehnen zu können, denn sie hat in dieser Frage die Handels- und Spiritusindustriestruktur hinter sich. Erleichtert wird ihr das Spiel durch die Kommunisten, die einmal für und dann wieder gegen das Alkoholverbot sind — je nach ihrer Kenntnis der Volksstimmung —, während es die alte norwegische Sozialdemokratie ablehnt, die Alkoholfrage in den Vordergrund des Wahlkampfes zu stellen.

Entlarvung eines bolschewistischen Lockspiegels

Die Kommunisten schreiben täglich Jeter und Mordis über Lockspiegel, die sich in ihre Reihen eingeschlichen haben. Schlägt schließlich eine ihrer Aktionen fehl, dann ist der Lockspiegel auch sofort zur Stelle, indem der kompromittierte Parteigenosse kurzerhand auf diese Weise abgeschüttelt wird, im höheren Interesse der Partei. Tatsächlich ist es aber gerade die kommunistische Partei, vor allem auch in Russland und dort in enger Verbindung mit der Sowjetregierung, die seit den ersten Tagen ihres Bestehens mit einem Lockspiegeltum schlimmerer Art arbeitet. Das geschieht nicht nur im Kampfe gegen die kapitalistische Bourgeoisie oder das politische und verbrecherische Banditentum, nicht nur gegen die Konterrevolution, sondern hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie. In dieser Beziehung wandelt die Sowjetregierung und ihr Organ, die kommunistische Partei, getreulich in den Fußstapfen der zaristischen Regierung. So ist es der Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei gelungen, einen Lockspiegel Seligly zu entlarven, der es verstanden hatte, als bezahlter Spion der staatlichen politischen Polizei (GPU) Mitglied des Parteivorstandes der Sozialrevolutionären Partei Russlands zu werden. Man wird dabei an jenes berühmte Mitglied der russischen Duma Malinowski erinnert, der seinerzeit im kaiserlichen Russland von Lenin seine Reden aufgesetzt bekam, gleichzeitig aber bezahlter Spion der zaristischen politischen Partei war. Seligly drohte im Jahre 1919 die Todesstrafe. Während seine Genossen dem Henker anheimfielen, blieb er allein am Leben. Da er in der Zarenzeit eine zehnjährige Zwangsarbeit verbüßt hatte, gelang es ihm leicht, in den politisch linkslebenden Kreisen Beziehungen anzuknüpfen. Bald mußte es auffallen, daß alle dem Kerker geweiht waren, mit denen er in Berührung kam. Dennoch verstand er es, als Delegierter der Sozialrevolutionären Partei, in Wirklichkeit jedoch als Spion der russischen staatlichen Polizei, am Hamburger Internationalen Sozialistkongress teilzunehmen. Die Auslandsdelegation der Sozialrevolutionären Partei schäpfe allerdings schon damals Verdacht. Nachdem er wieder nach Russland zurückgekehrt war, äußerte sich sein Wirt in Berlin, daß Hunderte von Menschen ins bolschewistische Gefängnis wanderten, ganz besonders in Wolgogebiet. Am Kongress der Sozialrevolutionären Partei in Prag wollte er abermals teilnehmen; das mißlang, da sich inzwischen der Verdacht gegen ihn zu sehr verfestigt hatte. Darauf drang er auf Einberufung eines Parteitag in Russland. Inzwischen setzte aber in Russland selbst eine sorgfältigste Beobachtung dieses Menschen ein und nach 5 Monaten schwerer Arbeit war er schließlich endgültig als Lockspiegel entlarvt. Mit diesem Schurken, der, obwohl Mitglied der russischen kommunistischen Partei, sich in die höchste Instanz der Sozialrevolutionären als Spion der bolschewistischen Staatspolizei anzuschleichen wußte, können die Kommunisten aller Länder wirklich Ehre einlegen.

Attentat in Ägypten.

Premierminister Zaglul Pascha angeschossen.

Kairo, 12. Juli. (WZ.) Zaglul Pascha ist bei seiner Abreise nach Alexandria auf der Eisenbahnstation durch einen Revolveranschlag in die Brust leicht verwundet worden.

Die Wahlen in Ägypten haben vor kurzem der Unabhängigkeitspartei die Mehrheit und ihrem Führer Zaglul die Premierchaft gebracht. Er verheißt in letzter Zeit sehr freundliche Briefe mit Macdonald und Lansbury.

Krawalle in Indien.

Amsterdam, 12. Juli. (T.) Einem Bericht des "Times". Korrespondenten aus Simla zufolge haben gestern angeblich aus Anlaß eines Streits zwischen einem Mohammedaner und einem Hindu Unruhen in Delhi stattgefunden, die sich schnell über große Teile der Stadt verbreiteten. Sie nahmen so starken Charakter an, daß die englische Garnison nur Panzerwagen durch die Stadt patrouillierte, aber die Unruhen haben dennoch nicht aufgehört. Eine große Anzahl Verletzte sind gemeldet.

Wieder Verteuerung der Lebensmittel.

Willkür der Importeure und Großhändler. — Strenge Kontrolle der Behörde.

Wo man auch immer in der letzten Woche nach den Preisen für Lebensmittel sich erkundigte, sei es auf den Wochenmärkten von Groß-Berlin, sei es in irgendeiner Markthalle, konnte man feststellen, daß die Preise für Lebensmittel fast aller Art, wenn auch langsam vielleicht, so doch sicher, in die Höhe kletterten. Man konnte aber zugleich auch, namentlich in den letzten Tagen, unter den Hausfrauen, die Einkäufe machen wollten, eine Erregung bemerken, die nichts Gutes verspricht. Und in der Tat ergibt das Gesamtbild, daß die Preise für eine große Anzahl von Lebensmitteln ungerechtfertigt hoch und zum Teil weit über Friedenspreise liegen. Betrachtet man im einzelnen verschiedene Lebensmittel und ihre Preise, so ergibt sich folgendes Bild:

Eier.

Heute kommen auf den Markt in Berlin Eier aus Dänemark, aus Deutschland und ein geringer Teil aus Russland. Die Großhandelspreise für Eier betragen vor einigen Tagen 13 $\frac{1}{2}$ Pf. für dänische Eier, 11—11 $\frac{1}{2}$ Pf. für deutsche und 8—10 Pf. für russische Eier. Wenn von den Großhändlern vielfach die Behauptung aufgestellt worden ist, die russischen Eier seien besonders klein, so trifft das durchaus nicht zu. Man findet hier vielmehr ebenso wie bei den Eiern aus Dänemark und aus den verschiedenen Provinzen Deutschlands Eier in allen Größen. Nach den oben angegebenen Großhandelspreisen wäre für deutsche und dänische Eier ein Kleinhandelspreis von 14 Pf. für das Stück angemessen. In Wahrheit haben aber die Großhändler die Preise so normiert, daß der Kleinhandelspreis auf 16, ja an manchen Stellen sogar 18 Pf. für das Ei fordernde. Zum Kapitel Eierpreise ist nun allerdings folgendes zu bemerken: Was zunächst die Eier, die aus Dänemark kommen, anbetrifft, so muß in Berücksichtigung gezogen werden, daß die dänische Krone ständig fällt. Der Exporteur in Dänemark rechnet also bei der Festlegung der Preise mit einer entsprechenden Spanne und er legt nicht etwa eine Spanne von 100—110 an, sondern er normiert, in Erwartung weiteren Sinkens der Krone, die Preisspanne von 100—130. Der Großhändler in Deutschland schlägt auch noch ein Stück drauf, und so erklären sich die hohen Preise für die dänischen Eier. Hinzu kommt, daß gerade jetzt eine erhöhte Anforderung von Eiern von den einzelnen Badeorten und Sommerfrischen ausgeht. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Grund für die Preissteigerung der Eier recht schwach und scheinbar ist, da feststeht, daß die Bäder im allgemeinen, wie das ja auch an dieser Stelle vor einiger Zeit erwähnt worden ist, durchaus nicht besonders gut besucht sind. Dagegen fällt ins Gewicht, daß in diesen Wochen der Ernte der Erzeuger selbst, der Besitzer und Erbauer mehr Eier essen und auch an seine Arbeiter, um sie durch gute Kost in zufriedener Laune zu halten, mehr Eier abgibt.

Butter.

Auch die Butterpreise sind in der letzten Zeit nicht unwesentlich gestiegen. Die Butter, die vor etwa acht Tagen 1,80 Mk. das Pfund kostete, kostet heute 2,10 und 2,20 Mk. Zur Erklärung der hohen Butterpreise kann daraus verwiesen werden, daß in verschiedenen Gegenden Deutschlands augenblicklich der Bauer Rüche zur Arbeit einspannt, die infolgedessen weniger Milch liefern. Im übrigen muß hier wiederholt werden, was bei der

Briefe an die Redaktion.

Ueber Mangel an Zuschriften aus dem Westkreise kann die Redaktion des "Vorwärts" nicht klagen. Klagen müssen wir aber darüber, daß die Briefschreiber nicht immer ihre volle Adresse angeben. Man macht uns irgendeine Mitteilung und bittet um Veröffentlichung in unserem Blatt. Sie scheint uns beachtenswert, doch ist zur Ergänzung der Angaben noch eine briefliche Rückfrage oder sogar eine persönliche Unterredung nötig und unerlässlich. Der Einsender hat seinen Namen darunter gesetzt, hat aber die Wohnung angegeben vergessen oder absichtlich unterlassen. Mit Bedauern müssen wir seinen Brief beiseite legen und abwarten, ob der Verfasser vielleicht noch mal an uns schreiben und dann seine Wohnung nennen wird. Er tut das nicht, und auch ein Versuch, ihn durch den "Briefkasten" zu ermitteln, bleibt leider erfolglos. Kein Briefschreiber sollte unterlassen, die genaue Wohnungsangabe beizufügen. Sie ist auch dann nicht überflüssig, wenn keine Rückfrage oder Unterredung nötig wird. Wenn die Sache uns wichtig genug scheint und wir sie veröffentlichen möchten, müssen wir ja auch wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Das kursierende Falschgeld.

Reichsbahnnotgeld, Fünziger und englische Pfundnoten.

Drei Sorten Falschgeld sind seit einiger Zeit in größerer Menge wieder im Verkehr. Nachgemachtes, wertbeständiges Notgeld der Reichsbahn, 50-Pfennigstücke und englische 1-Pfundnoten. Die falschen Eisenbahnnotgelder zu 840 Goldmark oder 2 Dollar tauchten zunächst in verschiedenen Großstädten, Stuttgart, Hamburg usw. und dann besonders in kleineren Städten der Provinz Brandenburg in Brandenburg a. d. Havel, Tempin, Prenzlau usw. auf. Jetzt werden sie namentlich auch in den großen Seebädern in Umlauf gesetzt. Die Ermittlungen in den kleineren Städten ergaben, daß hier jedesmal zugereichte Fremde die Verbreiter waren, nach ihrer Mundart alles Berliner. Man vermutete deshalb gleich, daß diese Fälschungen auch in Berlin hergestellt worden. Die genaueren Beobachtungen schienen das auch zu bestätigen. Gerade in den beiden letzten Tagen sind die falschen Reichsbahnnotgelder zu 840 Goldmark in Berlin in großer Menge ausgegeben worden. Namentlich Juchters sind damit betrogen worden. Die falschen Scheine sind im ganzen den echten so ähnlich, daß man sie zumal da sie auch ein gutes Wasserzeichen hatten, kaum von den echten unterscheiden kann. Aber ein Fehler läßt sie doch sofort als falsch erkennen. Die Zeile unter der ganz druckgedruckten Zeile mit dem Nennwert beginnt mit dem Wort: "Gedekt". Hier ist nun dem Fälscher ein charakteristischer Fehler unterlaufen. In dem Worte Gedekt hat er das zweite "e" ausgelassen. Es heißt also auf den Falschschneidern: Gedekt. Auf dieses Kennzeichen ist also zu achten. Die falschen 50-Pfennigstücke werden besonders der Schaffner der Straßenbahn und der Autobusse in die Hände gedrückt, weil sie im Bedränge das Geld in der Regel nicht gut prüfen können. Auch auf den Märkten in der Chorfriedenstraße sind sie zuletzt häufig ausgegeben. Neugierig sind auch viele Falschstücke den echten von der Rentenbank herausgegebenen sehr ähnlich, sowohl im Gewicht als auch in der Farbe. Sie haben aber doch zwei Fehlerzeichen. Der Rand ist bei den echten sehr gut und deutlich geriffelt, bei den falschen zum Teil gar nicht, zum Teil nicht ausgeprägt. Die Riffelung ist hier zum Teil nur in einem Winkel vorhanden und steht auch enger. Außerdem sind die Worte Deutsches Reich zum Teil unvollkommen wiedergegeben. Dabei stehen in dem großen "C" in dem Worte "Deutsches" der obere und der untere Balken nicht magerrecht, sondern scharf, so daß sie nach der Mitte zu etwas zusammenlaufen. Die falschen Einpfundnoten sind in den letzten Tagen in größerer Menge bei Banken und in großen Geschäftshäusern in Zahlung gegeben worden. Auch sie sind so gut nachgemacht, daß die Banken und die Geschäftskreise sie nicht gleich beim Eingehen, sondern erst später beim Sortieren des eingegangenen Geldes erkannt haben. Sie haben zwei Erkennungszeichen. Das Kopfbild des Königs Georg ist nicht so genau ausgeprägt wie auf den echten Scheinen, sondern leicht verschwommen. Der auffallend stark hervortretende Farbensaum des Wasserzeichens ist bei den echten Scheinen weiß und klar, bei den falschen dagegen leicht bräunlich. Die Wertstätten, in denen die beiden ersten Fälschungen

Preissteigerung von Eiern gejagt worden ist, nämlich, daß das Fallen der dänischen Krone (bekanntlich kommt ja auch viel Butter aus Dänemark) und der stärkere Verbrauch in den Bädern Schuld an den höheren Preisen trägt.

Obst.

Auch die Preise für Kirichen sind in den meisten Fällen zu hoch und liegen über Friedenspreis. Vor dem Vorherrschen des Vereins der Obst- und Gemüsegroßhändler ist vor kurzer Zeit erst darauf hingewiesen worden, daß die Engrospreise für Kirichen von 4 bis 22 Pf. das Pfund schwanken. Es müßte demnach ein Kleinhandelspreis von 10 Pf. ein angemessener sein. In Wahrheit aber hat man derzeit niedrige Preise für Kirichen in Berlin nirgends gefunden. Die Preise sind heute allerdings ein wenig gefallen und es dürfte das darauf zurückzuführen sein, daß die Behörde gestern in den Markthallen und auf den Wochenmärkten Streifen und Kontrollgänge angeordnet hat, um die Händler der sofortigen Bestrafung zuzuführen, die sich für das Pfund Kirichen bis 60 Pf. bezahlen ließen.

Kartoffeln.

Wenn die Preise für Frühkartoffeln ebenfalls recht hohe sind, so muß man dabei berücksichtigen, daß wir augenblicklich noch vollständig auf Auslandsware angewiesen sind. Bislang kommen Frühkartoffeln nur erst in kleinen Mengen nach Berlin. Waggonladungen früherer Kartoffeln aus dem Lande selbst treffen auf den Berliner Bahnhöfen noch nicht ein. Die Wuchererbehörden können sich infolgedessen, um richtig und genau kalkulieren zu können, erst mit der Notierung von Kartoffelpreisen befassen, wenn die Frühkartoffeln fast ausschließlich aus deutschem Boden auf den Markt kommen.

Die Preise für Fleisch sind im allgemeinen normale und nicht zu hoch. Höchstens die Preise, die für Wurst, sogenannte Dauerware, verlangt werden, liegen weit über Friedenspreis. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, darauf hinzuweisen, daß das Publikum eine große Schuld trägt an den zu hohen Preisen, weil es sich noch immer nicht dazu entschließt, sofort, wenn es übermäßig hohe Preise feststellt, Anzeige zu erstatten bei den Marktgerichten, die immer noch bestehen und prompt funktionieren. Die Wuchererbehörden allein und aus sich heraus können der Willkür der Händler nicht steuern, weil sie zu wenig Beamte haben, und die Sparsamkeit, die ja seit jeher in Preußen an solcher Stelle geübt worden ist, sie an großzügigem und energischem Vorgehen hindert. Die Preisprüfungsstellen und zwar namentlich die mittleren Preisprüfungsstellen, die bei der Preisfestsetzung außerordentlich Gutes geleistet haben, sind augenblicklich bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Hoffentlich aber werden sie demnächst trotz allem Abbau neu aufgezoogen werden, so daß sie wieder energisch ihre Wirksamkeit aufnehmen können.

Im allgemeinen muß leider gesagt werden, daß wir in Preußen bei der Wuchererbekämpfung durch die Behörde auf allen möglichen Gebieten langsam und leise umherpäffeln, ohne wirkliche Erfolge zu erzielen. Wirkamer geht man in Frankreich vor, wo man sich auf ein nur kleines Gebiet beschränkt hat, hier aber radikal vorgeht, schwere Zuchthausstrafen verhängt und so das Uebel mit der Wurzel ausreißt.

in Berlin hergestellt werden, sind von der Kriminalpolizei noch nicht ermittelt. Wer zur Aufklärung und zur Umföhlmachung der Verbreiter aller Fälschungen beitragen kann, wird ersucht, sich beim Kriminalkommissar v. Viebermann in der Kurstraße 49 zu melden. Dort können auch die falschen Pfundnoten beschlagnahmt werden. Um sich vor Spionen zu bewahren, wird das Publikum guttun, auf unschriebenen Zeichen zu achten.

In Bahn bei Köln wurde der Althändler Hüffer von Deutsch- und englischen Kriminalbeamten verhaftet. In seinem Hause wurde eine Druckpresse, sowie Druckplatten für englische Fünfpfundnoten und deutsche Zwanzigbillionenscheine beschlagnahmt.

Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Busch.

Seit längerer Zeit schwebt gegen den der Wirtschaftspartei angehörenden und seitdem Berliner Stadtrat Busch ein Disziplinarverfahren, das Stadtrat Busch gegen sich selbst beantragt haben soll. Er ist einseitig von der Leitung des städtischen Viehhofes entbunden. Das Disziplinarverfahren hängt mit Vorwürfen zusammen, die gegen den Stadtrat von früheren "Geschäftsfreunden" erhoben werden. Wir möchten zu diesen ganzen Dingen, die in ihren Einzelheiten äußerst unergötzlich sind, vorerst nicht Stellung nehmen und lieber das Ergebnis der Untersuchung abwarten.

13. Hauptversammlung des Bundes deutscher Baumstumpfbesitzer in Potsdam. Nachdem in den Tagen vom 6. bis 9. Juli Sitzungen des Arbeitsausschusses die zahlreichen Fragen der diesjährigen Tagung, wie Preispolitik, Qualitätsbezeichnung, Import und Export, Zoll, Steuer, Lohn usw. Fragen erörtert wurden, fanden am Sonntag, den 10. Juli, im Zwölfkassino in Potsdam eine geschlossene Mitgliederversammlung und eine öffentliche Versammlung mit allgemeinem interessierten Vorträgen, unter Vorsitz des neuen Vorsitzenden Schulz-Caswig statt, die von den circa 300 eingetroffenen Mitgliedern gut besucht waren. Von den öffentlichen Vorträgen erregte der des Herrn Dr. Späth, Berlin über "Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Baumstumpfbetriebes" das meiste Interesse. Die nächsten Tage waren der Befestigung von Dohlem, Sanssouci und der Baumstumpfe in Reglin gewidmet.

Direkte Telefonverbindung zwischen Deutschland und Polen. Zwischen Deutschland und Polen sind Verhandlungen zur Herbeiführung eines direkten Telefonverkehrs im Gange.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold".

Gesellschaftliche: Berlin C. 2, Koller-Wilhelm-Str. 46 III. Kameradschaft Altmärker, Jugendgruppe. Am Sonntag, 13. Juli, Zusammenkunft zu einem Ausflug, 6 Uhr 15. teilh. an der Ged. Brandenburgische- und Berliner Straße, Rathaus. — Erlöschen in Pflanz. Kameradschaft Urenauer Berg, Jugendgruppe. Sonntag, 13. Juli: Appell, 7 Uhr 30 früh, Bahnhof Urenauer Berg. — Erlöschen in Pflanz. Kameradschaft Tempelhofer, Sonntag, 13. Juli: Appell, Treffpunkt, 7 Uhr, Bahnhof Tempelhofer. 14. Kreis. Die Kameradschaften Rüpend. Gellman und Friedbergshagen treffen sich am Sonntag, morgens 7 Uhr, Bahnhof Rüpend. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abmarsch zur Uebung — Erlöschen aller Kameraden in Pflanz. Kameradschaft Schöneberg, Kreis vom Donnerstag ist durchgehend. Auf heißen: gemeinsamer Spaziergang.

Theater der Woche.

Vom 13. bis 21. Juli 1921.

Vollstühle: Die Kreuzschreiber. — Kroll-Oper: Volendul. — Schauspielhaus: Die verlorene Hand. — Deutsches Theater: Alpbirne. — Kammertheater: Die Fremden in der Gasse. — 16. Ummantelungen. — Berlin-Theater: Die Schwestern. — Schiller-Theater: Die Frau ohne Ruh. — Neues Schauspielhaus: Der Vogelwürger. — Große Volkoper im Theater des Volkes: 13. bis 16. 19. und 20. Rigen. 17. Rigoletto. 18. Die verkaufte Braut. 19. Die Fledermaus. — Renaissance-Theater: Gläubiger. — Heroldstheater. — Die Teufel. Dr. Scizig. — Deutsches Künstlertheater: Der blaue Heinrich. — Trianon-Theater: Ein Schwanz der Liebe. — Röhren-Theater: Die Gassen. — Komische Oper: Die tanzende Prinzessin. — Lustspielhaus: Die blaue Blase. — Theater: Maximalien. — Theater am Kurpark: Ein Feind. — Neues Theater am Zoo: Der Weiberhörer. — Kleines Theater: Enkel. — Hof-Theater: Die Wunden des Hades vom Euboeer. — Gartenbühne: Eschil: Durch die Dür und Dür. — Theater im Waldpark: Deutscher und Deutscher.

Gewerkschaftsbewegung

Zurück zur Kurzarbeiterunterstützung!

Eine Eingabe der Textilarbeiterverbände.

Ueber die unbedingte Notwendigkeit der Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung, die vom Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten abgelehnt wurde, gibt eine Eingabe der drei Textilarbeiterverbände an den Reichstanzler ein drastisches Bild. In der Eingabe heißt es:

„In welchem Umfange die Kurzarbeit in der Textilindustrie zugenommen hat, beweisen folgende Zahlen, die sich aus der Kurzarbeiterzählung des Deutschen Textilarbeiter-Bundes für die Monate Mai/Juni ergeben:

Im Mai waren von den von der Zählung erfaßten 376 476 Mitgliedern 21 320 = 5,7 Proz. Kurzarbeiter, im Juni dagegen waren von den erfaßten 355 125 Mitgliedern 109 430 = 30,8 Proz. Kurzarbeiter. Das gleiche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kurzarbeitern ist auch in den anderen Verbänden festgestellt worden. Für die Gesamtindustrie ergibt sich daselbe Bild, so daß die Anzahl der kurzarbeitenden Textilarbeiter zurzeit 275 000 betragen dürfte. Inzwischen sind durch die bei den Verbänden einlaufenden Mitteilungen diese Zahlen schon wieder weit überholt. Bei der ständig fortschreitenden Verschlechterung des Geschäftsganges in der Textilindustrie ist damit zu rechnen, daß Ende Juli mindestens 70 Proz. aller in der Textilindustrie Beschäftigten verkrüppelt arbeiten werden.

Die Not in den Familien der kurzarbeitenden Textilarbeiter ist heute schon unbeschreiblich. Meistens verdienen die Kurzarbeiter weniger als im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit auf Unterstützung gezahlt wird. Zum Beweise führen wir einige typische Fälle aus R.-Glabach an: 1. Der Durchschnittslohn eines Buxkinwebers beträgt 51 Pf. pro Stunde, unter Hinzurechnung von je 1 Pf. für die niederwertigsten Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren 54 Pf. pro Stunde. Bei 16stündiger Arbeitszeit verdient dieser Weber 8,64 M. Davon gehen ab: Krankenkasse (M. 7) 1,18 M., Erwerbslosenbeitrag 0,44 M., Invalidenversicherung 0,40 M., so daß als ausgezahlter Lohn für eine Woche 6,62 M. bleibt. 2. Ein Hilfsarbeiter mit gleichem Familienstand erhält 45 Pf. pro Stunde. In 16 Arbeitsstunden ergibt das 7,20 M. Davon gehen ab: Krankenkasse (M. 5) 0,98 M., Erwerbslosenbeitrag 0,32 M., Invalidenversicherung 0,30 M., also ausgezahlter Lohn für eine Woche 5,60 M.

Die Unterstützung im Falle völliger Erwerbslosigkeit beträgt für einen verheirateten Mann mit zwei Kindern 8,94 M., so daß der tatsächlich erzielte Verdienst im ersten Beispiel um 2,32 M., im zweiten um 3,34 M. hinter dem Betrag der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt.

Nachdem nun die Erwerbslosenziffer um 100 Proz. erhöht wurden, ist die Differenz so groß, daß der „Lohn“ wie ein Trümpf erscheint. Aber ganz abgesehen von dieser Folgeerscheinung, deren Wirkung der Ausschuss offenbar übersehen hat, ist es ganz ausgeschlossen, daß ein einzelner Mensch mit einem Betrag von sechs bis sieben Mark seine Arbeitskraft erhalten und darüber hinaus noch eine Arbeitsleistung vollbringen kann. Wie soll erst ein Familienvater dieses Problem lösen? Die Ablehnung des Antrags unserer Genossen muß schmerzhaft revidiert, die Kurzarbeiterunterstützung muß auf eine Basis gestellt werden, die den Arbeitern die Möglichkeit gibt, sich und ihre Familie wenigstens auskömmlich ernähren zu können.

Ausschussführung des AFA-Bundes.

Der Bundesausschuss des AFA-Bundes hat in seiner jüngsten Sitzung nach Entgegennahme des Rassen- und Revisionserlasses, aus dem eine nach der Inflation eingetretene Konsolidierung der Gesamtbewegung hervorging, sich mit der Einberufung des nächsten Kongresses beschäftigt. Mit Rücksicht auf die noch abzuholenden Verbandstage wurde beschlossen, den 2. AFA-Gewerkschaftskongress im Frühjahr 1925 abzuhalten.

Sodann folgte die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien für die Erfassung und Schulung der Betriebs- und Angestelltenräte. Demnach ist die AFA-Bundeszentrale beauftragt, den Betriebsvereinigungen insbesondere durch die neuerdings ausgearbeitete „AFA-Bundeszeitung“ laufend alles erforderliche Material auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Arbeitsrechts zu liefern. Entgegen einer früheren Regelung wird die „AFA-Bundeszeitung“ als das gemeinsame Organ sowohl für die Verbandsleitung der Verbände als auch für die Betriebsvereinigungen anerkannt, so daß also künftig keine besonderen Betriebszeitschriften mehr herausgegeben werden. Die Betriebs- und Angestelltenräte sollen gewerkschaftliche Funktionen sein; des weiteren ist die Erfassung der Betriebs- und Angestelltenräte durch die einzelnen, dem AFA-Bund angeschlossenen Berufsverbände vorgesehen. Die technische Durchführung der Sammlung des Adressenmaterials wird den AFA-Ortsstellen und den Ortsgruppen der Verbände übertragen. In jedem Ortsartell wird ein Betriebsräteauschuss gebildet; seine Verbindung mit den entsprechenden Körperschaften des ADGB. und ADB. ist gleichfalls gesichert. — Die Richtlinien fanden die einstimmige Annahme des Ausschusses.

Tarifabschluss der Buchbinder.

In einer Versammlung derjenigen Betriebe, in denen Affordarbeit verrichtet wird, berichtete Herrzog von der Berliner Branchenleitung des Verbandes der Buchbinder und Papierdrucker in den Kammerzweigen über die Afford-, Lohn- und Manteltarifverhandlungen. Der Redner führte aus, daß sich die diesjährigen Verhandlungen mit dem Unternehmerverband außerordentlich schwierig gestalteten. In früheren Jahren sei eine schlechte Konjunktur infolge der Ueberproduktion eingetreten, während sie jetzt in der herrschenden Kreditnot begründet liegt. Diese Zeit nutzten die Unternehmer weidlich für ihre Zwecke aus. Es wurde von ihnen erklärt, daß es unmöglich sei, schon jetzt die Grundpreise zu erhöhen. Bei den Manteltarifverhandlungen stellten die Unternehmer die ungewöhnlichsten Verschlechterungsanträge, vor allem auf Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 54 Stunden. In sehr vielen Punkten war es möglich, den alten Zustand wieder herbeizuführen. Die Verhandlungen in München scheiterten, nachdem in drei Punkten eine Einigung erzielt war. Für die A.Pi.-Verbände wurde durch das Reichsarbeitsministerium ein sehr ungünstiger Schiedsspruch ausgetroffen. In den ersten Juli-

tagen fanden in Berlin erneute Verhandlungen statt, in denen über die Arbeitszeit mit Wirkung bis zum 31. Dezember vereinbart wurde, daß je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen für einzelne Betriebe oder Abteilungen nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrarbeit bis zur Höchstgrenze von 53 Stunden in der Woche geleistet werden darf. Für Ueberstunden sind besondere Zuschläge zu zahlen. Nach der prognostizierten Lohnskala sind die Löhne jetzt infolge der Hartnäckigkeit der Unternehmer um 1—2 1/2 Proz. geringer. Die Vereinbarung über den Stundenlohn gilt bis zum 13. August dieses Jahres. Herrzog betonte, daß am günstigsten bei dem Affordtarif abgehandelt worden sei. Hier war es möglich, fast alle von der Organisation gestellten Forderungen durchzusetzen. Dieser Tarif tritt am 17. Juli in Kraft und hat, wie auch der Manteltarif, bis zum 30. Juni nächsten Jahres Geltung. Bei der Beurteilung aller Abstände sei es notwendig, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Von besonderer Bedeutung waren in der Diskussion die Ausführungen des Hauptvorstandsmitgliedes Wienick. Bei nächster Beurteilung müsse man zugestehen, daß sich der Verband des Ergebnisses der Verhandlungen nicht zu schämen brauche. Zwar sei eine Revidierung nur für Lohnarbeit möglich, aber wenn der Zeitlohn steige, so trete naturgemäß auch eine Erhöhung der Affordlöhne ein. Die Organisation rechne ferner damit, daß für die A.Pi.-Betriebe in der nächsten Zeit neue Lohnvereinbarungen erfolgen. Auch ein etwas ungünstiger Tarif sei einer tariflosen Zeit vorzuziehen.

Rothe gab noch bekannt, daß sich die Organisationsverhältnisse auch in Berlin wieder bessern. Die sogenannte oppositionelle Organisation hat keinen wesentlichen Abbruch tun können. Allmählich kehren die Mitglieder wieder in den alten Verband zurück. Außerdem empfahl der Redner roge Beteiligung an dem „Guten Romag“.

Der Reichswehrminister schafft Ausnahmegefetze.

Von der Ortsverwaltung Königsberg des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Der Arbeiter L. ist Ende Februar d. J. von der Festungskommandantur in Königsberg strafflos entlassen worden. Sein Einspruch gegen diese Entlassung wurde vom Arbeitsgericht und vom Landgericht anerkannt. Die Festungskommandantur lehnte es jedoch ab, L. zu beschäftigen und begnügte sich damit, an ihm dieser Vergeltung von Reichsgeldern vorzubeugen, wurde der Reichswehrminister gebeten, die Beschäftigung des L. anzuordnen. Anstatt diesem berechtigten Verlangen Rechnung zu tragen, erhielt der Verband folgenden Erlass des Reichswehrministeriums vom 4. Juli 1924 zugeandt:

„Die Festungskommandantur Königsberg ist nunmehr angewiesen worden, dem Arbeiter L. sein Arbeitsverhältnis fristgemäß zu kündigen mit der Begründung, daß er einer politischen Partei angehört, die den Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform des Deutschen Reichs zum Ziele gesetzt hat und daß er an einer vom Militärbefehlshaber während des Ausnahmezustandes verbotenen Versammlung teilgenommen hat und deshalb sein Weiterverbleiben in ihrem Betriebe bei seiner Eigenart nicht möglich ist.“

Die Stellungnahme des Reichswehrministers ist in mehr als einer Hinsicht eigenartig. Eine Entlassung wegen Teilnahme an einer verbotenen Versammlung hat bereits im Februar 1924 stattgefunden; diese Entlassung ist vom Arbeitsgericht und vom Landgericht verworfen worden! Mächt das Reichswehrministerium die gerichtlichen Entscheidungen so wenig, daß es eine Entlassung anordnet auf Grund eines Vorkommnisses, welches als nicht ausreichend zu einer Entlassung gerichtlich festgestellt worden ist? Soll das Reich durch neue Prozesse neue überflüssige Kosten tragen?

Wir würden es begreifen, wenn Personen, die an verantwortlicher Stelle im Reichswehrministerium sitzen, entlassen werden, weil ihre politischen Anschauungen mit ihrer Tätigkeit kollidieren. Aber wie ein Arbeiter, der vielfach Reinigungsarbeiten auszuführen hat, bei dieser Arbeit in Widerspruch gerät mit seiner politischen Bestimmung, das ist wohl das Geheimnis des Reichswehrministeriums. Aber davon ganz abgesehen: Wie kommt das Reichswehrministerium dazu, für gewisse Bürger wirtschaftliche Ausnahmegefetze zu schaffen? Enthält das Reichswehrministerium etwa diese Bürger der Pflicht der Steuerleistung, um die Ausgaben des Reichswehrministeriums zu decken?

Ein ohrfeigender Chef.

Der Inhaber der Konfektionsfirma Jacques habe scheint es für kein gutes Recht zu halten, dem Unmut über einen Angestellten gelegentlich durch eine kräftige Ohrfeige Ausdruck zu geben, denn sonst hätte er es wohl nicht darauf ankommen lassen, daß ihm durch ein Urteil des Kaufmannsgerichts Kargemacht wurde, daß ein bei Herrn Hobe angestellter und von ihm geohrfeigter Konfektionär berechtigt ist, seine Stellung kündigungsfrei aufzugeben und das Gehalt bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zu verlangen. — Wie in der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht festgestellt wurde, machte Herr Hobe, assistiert durch die Leiterin der Kalkulationsabteilung, dem Konfektionär Vorhaltungen darüber, daß er einer Schneiderin, die mit der auskulturierten Stoffmenge nicht auskam, etwas Stoff nachlieferete. Nach der Zeugenaussage der Kalkulationsleiterin ist der Konfektionär im Laufe der Auseinandersetzung an sie herantreten und hat sie angepöbeln. Was er zu ihr gesagt hat, und ob seine Worte überhaupt vernehmbar waren, das wußte die Zeugin nicht. Nur der laute Ton in ihr im Gedächtnis geblieben, und den hielt sie für so ungehörig, daß sie es in der Ordnung fand, als Herr Hobe darauf dem Konfektionär eine derbe Ohrfeige versetzte.

Wie der Konfektionär angibt, ist er dann auf Anordnung des Herrn Hobe durch einen Hausdiener hinausgeworfen worden und hat infolge dieses Zutritts einen Nervenschock erlitten, der eine längere Behandlung in einer Heilanstalt nötig machte. Der Kläger begehrt sich deshalb nicht mit der ihm durch Urteil gekündigten Beschäftigung der Kündigungszeit, sondern erhebt auch Anspruch auf Schadenersatz und Kosten, worüber in einem späteren Termin entschieden wird.

Der Dittab zum Schiedsspruch in der Schwerindustrie.

Essen, 11. Juli. (Eigener Drohtbericht.) Eine Vertrauensmännerführung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten nahm am Donnerstag zum Schiedsspruch für die norddeutsche

Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie Stellung und brachte dabei zum Ausdruck, daß sie sich mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden erklären könne, die derzeitigen Verhältnisse aber die Annahme des Schiedsspruches erzwingen.

Die englischen Bergarbeiter fordern Verstaatlichung.

London, 11. Juli. (A.P.) Eine Tagung des Bergarbeiterverbandes in Swansea hat sich für Verstaatlichung der Bergwerke ausgesprochen. Der Arbeiterführer Smillie sagte, daß es nötig sei, die Arbeiterregierung demartig zu stärken, daß sie eine solche Politik durchführen könne. Nur ein Arbeitervertreter stimmte gegen den Antrag.

Bergarbeiterverband, Gruppe Feuerungs- und Schmelzarbeiter. Am Sonntag, den 12. Juli 1924, vormittags 9 Uhr, im Gemeindefestsaal, Gode 2, wichtiges Mitteilungsveranstaltung aller im Feuerungs- und Schmelzarbeiter beschaffigten Kollegen. Tagesordnung: 1. Bericht von den zentralen Verhandlungen über das Ergebnis des Reichstestwertes. 2. Anträge zur Reichstestwert und zum Bundesrat. 3. Schiedsangelegenheiten. Es ist unbedingt Pflicht jedes Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Ohne Verbandsbuch kein Zutritt. Die Sachgruppenleitung.

Aus der Partei.

Konferenz der Arbeiter-Bibliothekare.

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit beruft für Sonnabend, den 26. Juli, eine Konferenz der Arbeiter-Bibliothekare nach Schloß Lins bei Gera (Reuß) ein, mit folgender Tagesordnung:

1. Sozialistische Bildungsarbeit und Büchererwerb (Referent Seger-Rindchen).
2. Unter Verhältnis zur Bildungsarbeit von Stadt und Gemeinde und die bürgerlichen Organisationen (Referent Hennig-Gera).
3. Sozialistische Kulturzeitschrift und Büchererwerb (Referent Weimann-Berlin).
4. Einrichtung einer Bücherzentrale.

Die Konferenz hat den Zweck, einer einheitlichen Zusammenfassung und zentralen Bearbeitung des Arbeiterbüchereiwesens die Wege zu ebnen. Die Organisationen werden daher gebeten, den Bibliothekaren die Teilnahme an dieser Konferenz zu ermöglichen. Der Konferenz geht ein Schulungskursus für Bibliothekare voraus, der vom 20. bis 26. Juli unter Leitung des Genossen Stern, des Leiters des deutschen sozialistischen Bildungsausschusses in der Lichthofstraße, ebenfalls in Schloß Lins stattfindet. In diesem Kursus werden alle für die Bibliothekare wichtigen Fragen, sowohl nach der pädagogischen wie nach der organisatorisch-technischen Seite hin besprochen. Für den Kursus wie für die Konferenz werden Anmeldungen entgegengenommen beim Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit (R. Weimann) Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Colerus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Gesundheit: Dr. John Schönmack; Soziales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: H. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Gewinnliste

23. Preussisch-Süddeutsche (249. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse	11. Juli 1924
Ohne Gewähr.	Rothdruck verboten.
1 Gewinn zu 25 000 M. 252264	
2 Gewinne zu 10 000 M. 35163 71664	
3 Gewinne zu 5000 M. 129203 210662 200602	
4 Gewinne zu 3000 M. 19464 67432 111964	
157664 173604	
10 Gewinne zu 2000 M. 12923 45463 52823 66863	
60064 80862 127362 146064 159263 266964	
20 Gewinne zu 1000 M. 12163 17563 18864 66463	
76164 111262 115664 144263 147464 181063 186463	
201864 208064 211063 213062 227663 230064 240264	
269863 275064 278364 295463	
40 Gewinne zu 800 M. 1283 9664 16664 19063	
31563 37064 38064 41563 55662 56364 70664 80463	
20464 100664 113664 114664 117662 120264 123064	
129064 133462 133764 139064 145463 150862 168464	
207662 228562 229764 235764 240862 245663 247864	
252862 253762 273364 274962 282662 284464 301164	
56 Gewinne zu 500 M. 2504 7802 9063 12904	
14164 18964 22062 23062 24164 26062 28163 27064	
30564 44462 47764 49464 50662 60564 70862 72262	
73864 73864 76064 76564 78064 81762 82463 81164	
92864 93064 100662 112662 113464 118162 119662	
120664 126162 133862 138664 141964 146662 149664	
151164 172164 173162 173864 207162 179664 179662	
181664 183164 184664 190664 191262 193764 194164	
196662 20262 212164 214562 215662 216264 222162	
229262 234662 234662 239062 239664 241062 243364	
248662 251362 252462 253964 254262 255264 265662	
267662 269264 272664 274162 275662 282662 283664	
306862 327664 328664 329662	
229 Gewinne zu 300 M. 262 562 564 2164 2462	
6664 6664 7162 8362 9264 11964 12764 14662 17662	
20162 21064 26064 27264 29062 32664 30262 30262 30464	
33264 33464 35564 36764 37764 38062 42862 44664	
47162 47364 49062 49664 51264 53362 53262 54562	
54862 65164 66664 66862 69664 69664 69662 61764	
62362 62962 63062 65064 66362 67164 69664 71164	
71464 72464 73062 73364 74764 75862 76462 77362	
78362 84164 87264 88064 88462 88762 90362 90664	
91762 92864 94062 96664 97062 96662 97964 99462	
00562 102264 104564 106464 108562 108664 107262	
107364 108364 108762 109662 110764 110662 113264	
115462 115762 116064 117762 117862 121562 123662	
120264 121864 123064 124764 126664 130662 137364	
139064 141164 143464 144462 145162 146564 147564	
152662 153762 154064 154662 154962 156364 156664	
157762 161062 163364 167364 168362 170762 171362	
171664 171964 173762 175064 176662 178162 178462	
179264 180664 182364 182664 186662 187562 191464	
192364 192662 198164 194462 194464 194664 196262	
198264 198764 198864 199062 201264 201564 202362	
202662 203764 203964 204362 205662 206064 207162	
208262 208662 208664 210662 213264 213864 214062	
216164 216664 216662 218464 220762 222064 222664	
225064 225662 227662 232164 232762 233662 234664	
237162 237664 238262 240062 241162 242664 242662	
247164 248564 249762 249864 249862 253662 253664	
254064 254064 256064 256364 259062 260062 261162	
263462 270764 270964 277464 278464 279062 280864	
280762 283562 284362 284562 284764 287262 287664	
288162 290164 290364 291462 298162 298462 300662	
306462 306562 307064 307562 309062	

Auf alle Losnummern von 1 bis 300 000, die auf die Zahlen 62 und 64 enden und nicht mit einem höheren Gewinn versehen sind, entfällt der Gewinn von 150 M.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Bauverbände
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Strumpfwaren u. Trikotagen
In Qualitätsware, große Auswahl zu billigen Preisen. kaufen Sie bei
Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 230 a. d. Weichselstraße.
Vorzeiger dieses Inserats 8%, Rabatt.

Sanatorium für Nerven-, innerlich Kranke, Erholungsbedürftige
Diabetiker-Kuren
Insulinbehandlung
2 Fachärzte
Friedrichshöhe
Großer hygienischer Komfort.
Preise:
I. Klasse 10—12 Gmk.
II. " 7 "
Chefarzt Dr. Köbisch
Bad Obernigk bei Breslau

Strickjackets, Strandjacken, Sportwesten, Sportjackets
aus reiner Wolle in allen Farben, sowie Blusen
kaufen Sie am besten und billigsten direkt vom Fabrikanten
Wiederverkäufer u. Sportverleiher erhalten besondere Preise. / Kein Ladenverkauf
Grüssner & Co., Neuk., Sanderstr. 27
Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet d. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahn. mit Belaub. 1 G.-M. an. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Matvami, Danziger Strasse 1, Ecke Schönbr. Vorzeiger 10%, Rabatt.

Stein der Weisen
Das Original aller Nagelpollersteine
KOPP & JOSEPH
BERLIN W. 37
Überall erhältlich

+Geschlechtskranke+
Behandlung von Gonorrhoe, Hautausschlägen, Wunden, Hämorrhoiden, harter Ausfluss, auch im akuten Verlauf, werden durch **Phorosan** rasch geheilt. Diese Darreichung ist harmlos, schmerzlos und bewirkt ein rasches Heilwerden.
Gewissenhafte ärztl. Leitung.
Phorosan - Heilanstalt, Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str. Neukölln, 191, nahe Hofmeister Str. Getrennt für Herren und Damen. Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Besonders billig!
Wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanlage des „Vorwärts“ und